

## SoVD erstreitet 60.370,82 €

Unfall- und Erwerbsunfähigkeitsrente nach sechs Jahren

Uwe Lohmann, Jahrgang 1966, Molkerei-Meister aus Petershagen, hatte 1997 einen schweren Autounfall auf dem Weg zur Arbeit. Dabei zog er sich Verletzungen zu, die von Gangbehinderung des rechten Beines über Bewegungseinschränkungen des rechten Knies über Gesichtsnarben, Verformung der Augenhöhle und des Nasengerüsts hin zum Verlust des Geruchsinnes, hirnorganisch bedingte Wesensänderung und Depressionen reichen.

Da das Verfahren bei der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gaststätten so lange dauerte und Lohmann bereits mit dem Gedanken spielte, einen Anwalt aufzusuchen, trat er im Januar 2001 dem SoVD bei. Dieser übernahm durch Kreisgeschäftsführer und Sozialberater Dieter Krause in Nordhorn die Vertretung.

Die Berufsgenossenschaft teilte Lohmann vom 6.11.2001 mit, ihm würde eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) in Höhe von 45 v. H. und eine monatliche Rentenzahlung in Höhe von 1.042,96 Euro zuerkannt. „Für dieses Ergebnis haben wir relativ wenig getan, weil es aus der Antragstellung resultiert“, so Krause. Zwischenzeitlich wurde bei der BfA Berlin der Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente gestellt. Dem wurde entsprochen mit einer monatlichen Zahlung von 1.042,00 Euro.

Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft legte Krause einen sorgfältig begründeten Widerspruch ein, denn aufgrund der Unfallfolgen musste eine höhere MdE festgestellt werden. Auf diesen Widerspruch hin lenkte die Berufsgenossenschaft ein, sodass das Mitglied erneut urologisch

und augenfachärztlich untersucht wurde.

Das Ergebnis: Eine Zuerkennung in Höhe von 70 v. H. und eine monatliche Zahlung in Höhe von 1.674 Euro. Die Nachzahlung der Berufsgenossenschaft betrug 56.653,00 Euro. Und weil die Zahlung so lange auf sich warten ließ, wurden Zinsen in Höhe von 1.001,82 Euro beantragt und gezahlt. „Ohne den Widerspruch durch uns“, so Krause, „hätte man diese Untersuchungen gar nicht vorgenommen. Und dass zwischendurch der Schwerbehindertenausweis beantragt wurde, versteht sich von selbst.“ Das Mitglied Lohmann schreibt anschließend an Krause: „Ohne die hervorragende Arbeit des SoVD wüsste ich nicht, wo ich heute mit meinem Arbeitsunfall und der Rente stehen würde. Ich hätte mein Haus verkaufen müssen und wäre zum Sozialfall geworden. Ich werde dem SoVD mein Leben lang angehören und andere dazu animieren, diesem Verband beizutreten.“



Für sein Fachwissen und Engagement bekannt: Kreisgeschäftsführer und Sozialberater Dieter Krause in Nordhorn

### Jeder zwölfte Bundesbürger ist schwerbehindert

In Deutschland leben rund 6,7 Millionen Einwohner mit Schwerbehinderung, das heißt, jeder zwölfte Einwohner (8,1 Prozent) wird von den Versorgungsämtern mit einem Grad der Schwerbehinderung (GdB) von mindestens 50 Prozent eingestuft. Das Statistische Bundesamt hat allerdings auch ermittelt, dass die tatsächliche Zahl behinderter Menschen in Deutschland die 6,7 Millionen übersteigt, weil im Kindes- und Seniorenalter für viele Betroffene gar kein Behindertenausweis beantragt wird, von dem vor allem Erwerbstätige profitieren. Ab dem 55. Lebensjahr steigt der Anteil der Schwerbehinderten derart, dass Dreiviertel aller Schwerbehinderten über dieser Altersgrenze liegen. Zu einem Bruchteil (4,7 Prozent) sind Behinderungen angeboren, rund 85,3 Prozent entstehen durch Krankheiten. Bis zum 75. Lebensjahr gibt es in allen Altersgruppen mehr schwerbehinderte Männer (52,6 Prozent) als Frauen. Die wenigen Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren haben im Gegensatz zu allen anderen Altersklassen überdurchschnittlich häufig einen Behinderungsgrad von 100 Prozent. In drei Prozent aller Familienhaushalte lebt ein behindertes Kind, nur in geringer Anzahl wachsen behinderte Kinder außerhalb der Familie auf. 85 Prozent der geistig behinderten Kinder, aber auch rund 60 Prozent der geistig behinderten Erwachsenen leben bei ihren Angehörigen bzw. Eltern und werden in der Familie versorgt und betreut.

Der SPA informiert:

## Befreiung von der Zuzahlungspflicht

Unser Tipp: Ruhig Zeit lassen beim Abschluss privater Zusatzversicherungen

Seit Inkrafttreten der Gesundheitsreform (GMG) gelten neue Zuzahlungsregelungen und Belastungsgrenzen. Eine Befreiung von der Zuzahlung ist seit dem 1. Januar 2004 erst dann möglich, wenn die Belastungsgrenze von zwei Prozent bzw. einem Prozent für chronisch Kranke der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt überschritten ist.

Versicherte mit einem geringen Einkommen, bei denen feststeht, dass sie die Belastungsgrenze auf jeden Fall überschreiten, können sich bei ihrer Krankenkasse die Höchstgrenze und den auf sie entfallenden Anteil ausrechnen lassen. Dieser Betrag kann bei der Krankenkasse eingezahlt werden. Versicherte, die bereits einen Teil Zuzahlungen geleistet haben, können die Differenz bis zur Höchstgrenze entrichten. Die Krankenkasse befreit dann für den Rest des Jahres von der Zuzahlungspflicht.

Von dieser Möglichkeit sollten aber nur diejenigen Gebrauch machen, bei denen feststeht, dass sie die Belastungshöchstgrenze

auch wirklich erreichen. Das Risiko liegt bei den Versicherten.

### Private Zusatzversicherungen

Mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) hat der Gesetzgeber beschlossen, dass die Kosten für Zahnersatz ab 1. Ja-



nuar 2005 nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden muss. Die Krankenkassen werden dafür eine private Zusatzversicherung anbieten, von der kein Versicherter ausgeschlossen werden darf. Da die alte Regelung noch bis zum 31. Dezember 2004 gilt, empfehlen wir den Versicherten, sich mit dem Abschluss einer privaten Krankenzusatzversicherung Zeit zu lassen. Zurzeit arbeiten die Krankenkassen noch an der Ausgestaltung entsprechender Angebote. **MJ**

Initiative der Sozialministerin:

## Kinder als „Karrieremotor“

Für die Vereinbarkeit von Kindern und Karriere

Der SoVD Niedersachsen begrüßt eine Initiative der Sozialministerin Ursula von Leyen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zusammen mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen hat die Ministerin in Hannover eine breit angelegte Kampagne gestartet, durch die in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein dafür geschaffen werden soll, dass Kinder auch als „Karrieremotor“ begriffen werden könnten. In mehreren Regionalkonferenzen in ganz Niedersachsen werden Unternehmen Bausteine für ein familienfreundliches Betriebsklima vorstellen. Ein positives Beispiel sei, so von der Leyen, auch das Eltern-Kind-Zimmer der Landesversicherungsanstalt in Laatzen. Auch im Ministerium gebe es eine solche Einrichtung.

42 Prozent der Akademikerinnen und 60 Prozent der Frauen in Führungspositionen würden auf Nachwuchs verzichten, so die Ministerin. Andere Länder hätten deutlich höhere Frauenerwerbsquoten und

höhere Geburtenraten. Gefordert bei diesem Thema seien aber nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Politik und die Gesellschaft insgesamt. Von der Leyen: „Deutschland ist da Entwicklungsland: Die Politik muss sich um ein gerechtes Sozialsystem für Familien und eine bessere Kinderbetreuung kümmern, die Unternehmen müssen eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen und die Gesellschaft überhaupt braucht mehr Kinderfreundlichkeit.“

## Protest in Osterholz-Scharmbeck

SoVD-Kreisverband setzt sich gegen Sozialabbau zur Wehr

In zwölf Bussen und zahlreichen Privatwagen fuhren am 2. April 2004 rund 1000 Mitglieder des SoVD Kreisverbandes Osterholz-Scharmbeck in die Hamburgerer Mehrzweckhalle, um die große Protestwelle gegen den Sozialabbau vom Februar in Hannover fortzusetzen. Junge wie alte Menschen demonstrierten unter dem Motto „Gegen soziale Demontage – Für soziale Gerechtigkeit“. Nicht nur Kreisvorsitzender Günter Ramke und Geschäftsführerin Claudia Ostwald mobilisierten die aufgetragenen Rentner, auch SoVD-Präsident Adolf Bauer unterstützte den Protest. Wichtigster Punkt der Redner war die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen: „Dann haben wir auch keine Probleme mehr mit den Sozialversicherungssystemen“, so Ramke. Bauer ging hart mit Top-Managern ins Gericht, die Tausende von Arbeitsnehmern entlassen und mit Abfindungen in Millionenhöhe belohnt würden. „Es kann nicht nur darum gehen, Gewinne abzuschöpfen. Die Betriebe haben auch Verantwortung der Gesellschaft gegenüber.“ Er forderte die Reduzierung von Arbeitsstunden zugunsten neuer Ar-

beitsplätze und sprach sich mit Ramke für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer aus. Außerdem kritisierte Bauer die Gesundheitsreform, da die Verlierer die Patienten seien: „Allein in den nächsten Jahren zahlen sie durch höhere Zuzahlungen 32 Millionen Euro – zusätzlich zu den Gebühren.“ Die Gewinner seien die Pharmaindustrie, die Ärzte, die Krankenkassen, die Apotheken

und die Arbeitgeber. Doch es ging nicht nur um das Anprangern, sondern auch um realisierbare Gegenvorschläge. So plädierte Bauer für eine Bürgerversicherung für das Gesundheitswesen und eine Erwerbstätigenversicherung, in die auch Politiker, Beamte und Selbstständige einzahlen sollten. Bauer und Ramke machten Mut für weitere Proteste.



Protest von rund 1000 Menschen in Hamburg

(Foto: Christian Kosak)

SoVD INTERN

7.-8. Mai '04

**Art-Attack**

2. Kulturfest, Bad Sachsa

Hiermit melde ich mich verbindlich für den nachfolgend angekreuzten Workshop an. Die Kursgebühr von 12,00 Euro entrichte ich am Tag des Workshops vor Ort.

Musik/Didgeridoo spielen und bauen

Malen/Bildgründe attackieren

Körbe flechten (Teilnahme kostenlos)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift (bei Minderjährigen bitte die Erziehungsberechtigten) \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie diesen Coupon bei der Kurverwaltung oder im Erholungszentrum "Schützenhaus" in Bad Sachsa ab

**Anmeldung zum Workshop**